

E 157-NR/XX. GP

E n t s c h l i e ß u n g

des Nationalrates vom 24. Februar 1999

betreffend künftige Finanzierung der Europäischen Union

Die Bundesregierung wird ersucht, sich in den Verhandlungen über die künftige Finanzierung der Europäischen Union weiterhin für eine faire und solidarische Lastenverteilung unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union einzusetzen.